

Kantonsratsbeschluss über das Entlastungspaket 2026

Antrag vom 1. Dezember 2025

SP-GRÜNE-GLP-Fraktion (Sprecher: Sulzer-Wil)

Aufträge:

Ziff. 1: Streichen.

Begründung:

Die Forderung der Finanzkommission, wonach der Kanton grundsätzlich nur noch Aufgaben nach übergeordnetem Recht erfüllen soll, widerspricht absolut der kantonalen Souveränität. Die Kantone sind in unserem föderalen System keine «Vollzugsanstalten» des Bundes. Sie tragen mit kantonalen Projekten, Initiativen und innovativen Lösungen Gesellschaft und Wirtschaft entscheidend mit. Ein grundsätzlicher Verzicht auf Leistungen, «die über das gesetzliche Minimum des übergeordneten Rechts hinausgehen», würde zu einem massiven Leistungsabbau führen für Bevölkerung und Institutionen im Kanton.

Dass die Finanzkommission den Gemeinden das Zepter übergeben will und eine ausserordentliche Aufsicht über die Regierung betreffend Auftragserfüllung installieren will, spricht für ein unbegründetes Misstrauen gegenüber dem Kanton als Institution einerseits und ist eine heikle Machtdemonstration anderseits.